

# Jugendarbeitslosigkeit, Bildungs- und Beschäftigungssystem

Eine empirische Analyse

---

*Jürgen Kühl, Jahrgang 1941, Diplom-Volkswirt, beschäftigt sich mit Grundsatzfragen der Arbeitsmarkttheorie und -politik im Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) der Bundesanstalt für Arbeit in Nürnberg.*

Der folgende Beitrag zielt darauf ab, ausgewählte Fakten zu Struktur und Entwicklung der beruflichen Bildung Jugendlicher in einen größeren Zusammenhang zum Beschäftigungssystem zu stellen. Ausgehend von der aktuellen Jugendarbeitslosigkeit werden die wichtigsten Abläufe beim Übergang von allgemeinbildenden Schulen zu betrieblichen Ausbildungsplätzen und an der Schwelle erwerbswirtschaftlicher Arbeit erörtert. Als Folgerungen werden maßnahmenorientierte und grundsätzliche Vorschläge zur Verbesserung der beruflichen Bildung als sozialstrategische Variable der Arbeitsmarktpolitik in Erinnerung gerufen.

## *1. 86100 arbeitslose Jugendliche unter 20 Jahren*

Ende Mai 1975 gab es im Beschäftigungssystem der Bundesrepublik Deutschland für 86 100 Jugendliche unter 20 Jahren keinen Arbeits- oder beruflichen Ausbildungsplatz<sup>1)</sup>. Mit einer Arbeitslosenquote der Jugendlichen von 4,3 vH, die bei vollständiger Erfassung jener jungen Menschen als Arbeitslose, die vergeblich bei der Berufsberatung der Arbeitsämter eine Ausbildungsstelle oder die angesichts der Arbeitsmarktkrise weder Arbeits- noch Ausbildungsplatz suchen, noch höher ausfallen würde, hat die Bundesrepublik Deutschland im internationalen Vergleich bedauerlichen Anschluß an die gesellschaftlichen Bildungs- und

---

1) Nachstehend werden die Ergebnisse der Sonderauszählung registrierter Arbeitslosigkeit wiedergegeben, die die Bundesanstalt für Arbeit vorlegte.

Beschäftigungsprobleme Jugendlicher in marktwirtschaftlichen Leistungsgesellschaften gefunden.

Grundsätzliche Zweifel an Eignung, Neigung und Leistungsbereitschaft der jungen Arbeitslosen einerseits und an der Unfreiwilligkeit ihrer Arbeitslosigkeit andererseits sind weitgehend unangebracht, da 75 300 der nun Arbeitslosen bereits in erwerbswirtschaftlichen Arbeits- oder Ausbildungsverhältnissen gestanden haben. Es gab also für die große Mehrheit Bedingungen, unter denen ihre Lern- und Leistungsfähigkeit in beruflicher Bildung oder Arbeit akzeptabel bis profitabel waren. Der Anteil der jugendlichen Arbeitslosen an allen registrierten Arbeitslosen, der auch wegen der Schulentlassungstermine „saisonbedingt“ im September 1974 mit 12,4 vH einen seit der Berufsnot der Jugend zu Anfang der 50er Jahre in allen Beschäftigungskrisen unerreichten Höchststand erreicht hatte, ging über 10,7 vH — 123 100 Arbeitslose unter 20 Jahren — im Januar 1975 auf 8,5 vH Ende Mai zurück, dem Anteil des Vorjahres. Im Herbst muß wegen der Schulabgängerzahlen, die auf ein unzureichendes Angebot an Ausbildungs- und Arbeitsplätzen treffen, ein Wiederanstieg der Zahl Jugendlicher ohne Ausbildungsvertrag oder Arbeit zumindest auf das Januarniveau befürchtet werden.

Die Arbeitslosigkeit betraf Jugendliche durchschnittlich weniger lange als Erwachsene. 52,5 vH der registrierten arbeitslosen Jugendlichen waren weniger als drei Monate beschäftigungslos, 21,4 vH suchten länger als ein halbes Jahr vergeblich ein Arbeits- oder Ausbildungsverhältnis.— bei den Erwachsenen waren es 32 vH. Die Wiedereingliederung der 69 800 jugendlichen Arbeitslosen vom September 1974 war bis zum April 1975 mit 34 vH in Arbeit und knapp 7 vH in Ausbildung stärker möglich als bei den Erwachsenen mit 25 vH bzw. 3 vH. Den leicht größeren Wiedereingliederungschancen bei Jugendlichen steht aber auch ein großer Abgang aus Arbeitslosigkeit von 29 vH gegenüber, bei dem der Verbleib unbekannt blieb oder der durch die Arbeitsmarktkrise zu Verdrängung der Jugendlichen aus dem Erwerbsleben bzw. zu Gelegenheits- und Schwarzarbeit führte. Angaben von Berufsschülern zeigen, daß die anhaltende Rezession viele entmutigt hat, so daß sie entweder die Suche nach Arbeits- oder Ausbildungsstellen aufgaben oder gar nicht erst aufnahmen. Der Bedeutung des Übergangs in die berufliche Bildung und die erste Arbeitseinmündung für Persönlichkeit, Lebenslauf und -chancen sowie Lebensstandard steht ein eklatanter Informationsmangel über alle die genannten Übergangs- und Einmündungsprobleme gegenüber.

55 800, also knapp zwei von drei arbeitslosen Jugendlichen, suchten Ende Mai 1975 Arbeitsplätze für Ungelernte oder Angelehrte. Nur 6500 oder 7,6 vH wollten eine betriebliche Ausbildungsstelle. Der Anteil der Ausbildungsuchenden hat seit September 1974, als er noch 11,5 vH betrug, erheblich abgenommen. Von den 10 700 jugendlichen Berufsanfängern strebten 2200 oder 20,5 vH eine betriebliche Berufsausbildung an, von den 75 300 bereits erwerbstätigen Jugendlichen waren 4300 oder 5,7 vH arbeitslos, weil sie keine ihren Eignungen oder/

und Neigungen entsprechende Ausbildungsstelle fanden. Welche Rolle die Erfahrung der 24 100 Altersgenossen, die trotz abgeschlossener betrieblicher Berufsausbildung keinen Arbeitsplatz bekamen oder behielten, bei der Nachfrage nach Ausbildungsstellen spielt, ist unbekannt.

Die geschlechtsspezifischen Unterschiede in der Arbeitslosigkeit, die Frauen immer noch stärker betrifft als Männer, haben sich bei den Jugendlichen eingeebnet, wozu das bei Mädchen in Krisenzeiten häufiger zu beobachtende Ausscheiden aus dem Erwerbsleben durch Verbleib im Haushalt, Heirat usw. beigetragen hat. Gut 10 vH der arbeitslosen Jugendlichen sind Ausländer. Sie streben noch weniger als Deutsche betriebliche Ausbildungsstellen, noch mehr ungelernete oder angelernte Tätigkeiten an.

## 2. Die Nachfrage Jugendlicher nach beruflicher Bildung

Die gegenwärtige und künftige Problematik registrierter wie versteckter Jugendarbeitslosigkeit kann nur aus dem Zusammenhang begriffen werden, in dem die Absolventenzahlen des Ausbildungssystems, die Nachfrage nach beruflicher Bildung, das Angebot an betrieblichen Berufsausbildungsstellen und die strukturellen Veränderungen der beruflichen Bildung und Beschäftigung zueinander stehen<sup>2)</sup>.

Wegen geburtenstarker Jahrgänge werden in den nächsten sieben Jahren immer mehr deutsche und ausländische Jugendliche in das Berufsausbildungssystem und direkt oder danach in Beschäftigung drängen und auch einzugliedern sein. Die Bevölkerung im Alter von 15 bis unter 20 Jahren steigt von 4,2 Mill. 1970 um 1,2 Mill. auf 5,4 Mill. an, ab 1975 jährlich um 130 000 bei gleichmäßiger Verteilung auf alle fünf Jahrgänge.

Von 1960 bis 1973 stieg die Zahl der Schulentlassenen aus allgemeinbildenden Schulen um gut 200 000 auf 805 000 an. Der Anstieg verteilte sich zur Hälfte auf Hauptschüler — insbesondere auf solche ohne Abschluß — und auf mittlere Bildungsabschlüsse sowie Abiturienten (vgl. *Tabelle 1*). 1974/75 haben etwa 650 000 Jugendliche (ohne Abiturienten) die allgemeinbildenden und die Sonderschulen verlassen, im nächsten Sommer werden 625 000 abgehen. Wegen der ausbleibenden Kurzschuljahreffekte werden es anschließend etwa 680 000 mit steigender Tendenz sein<sup>3)</sup>.

Im Normalfall suchen die 15- bis 16jährigen dieser Gruppe erfahrungsgemäß zu etwa drei Vierteln betriebliche Ausbildungsstellen. Das Interesse an Ausbildungsstellen hat eher zugenommen, wie der Rückgang der Zahl Jugendlicher um 104 000 1965/71 zeigt, die sofort eine Arbeit aufnehmen. Obwohl vorüber-

---

2) Mit unzureichenden und erklärungsarmen Daten können berufliche Bildung und Arbeitsmarktpolitik nicht erschöpfend behandelt werden. Dies könnte der Ansatz leisten von: Claus Offe: Berufsbildungsreform. Eine Fallstudie über Reformpolitik, Frankfurt/Main, 1975. Weitere Fakten finden sich dort S. 101 bis 156.

3) Vgl. Autorengemeinschaft: Zur voraussichtlichen Entwicklung des Arbeitsmarktes in der Bundesrepublik Deutschland im Jahr 1975, in: MittAB, 1, 1975, S. 73 f.

gehend um 30 000 (1975) geringere Absolventenzahlen den Nachfragedruck nach Ausbildungsstellen lindern, so dürfte die Gesamtnachfrage deswegen gegenüber 1973 unverändert bleiben, weil wegen des Numerus clausus und wegen zunehmender Eindämmung des Zugangs zu weiterführenden Bildungsgängen, insbesondere Hochschulen, die Abgewiesenen als überlegene Konkurrenten (Berufsfach-, Fachober- und Fachhochschüler) für herkömmliche Nachfrager nach betrieblichen Ausbildungsstellen auftreten. Die Verteilung der 15- bis 19jährigen auf die Sekundarstufe II, die sich nach *Tabelle 1* in den letzten 15 Jahren den Bildungsbedürfnissen folgend weg von den betrieblichen Auszubildungsverhältnissen hin zu berufsbildenden Vollzeitschulen und der gymnasialen Oberstufe verschoben hat, dürfte somit in eine "Wendepunktsituation" geraten. So richtig die finanzielle, politische und gesetzgebende Priorität für die berufliche Bildung sein mag, so deutet sich zugleich die Abschottung weitgehend akademischer Bildungs- und Beschäftigungsgänge für Kinder von Arbeitern und kleinen Angestellten an, denen nunmehr die betriebliche Berufsausbildung quasi als Endstation zugewiesen wird. Die betriebliche Berufsausbildung droht zugleich ihre Aufgabe zu vernachlässigen, das große Reservoir der Jungarbeiter und Jungangestellten ohne Ausbildungsvertrag sowie der Lernbehinderten zu erschließen.

Nach dem erreichten Schulabschluß könnten etwa 70 vH der ersten Gruppe ein Auszubildungsverhältnis eingehen. Soziale Barrieren, der Zwang, zum elterlichen Einkommen oder Arbeitslosengeld hinzuzuverdienen und traditionell ausbildungsferne Einstellungen gegenüber Mädchen werden somit verstärkt. 1970 waren 58 vH der Ungelernten Arbeiterkinder.

Die Absolventenzahl berufsbildender Schulen insgesamt steigt von 697 000 1973 über 711 000 1974 auf 729 000 1975 an und nimmt auch danach auf etwa eine dreiviertel Million pro Jahr zu. Die für ihr Berufsleben Ausgebildeten treffen in immer größerer Zahl auf einen krisenbedingten Arbeitsplatzmangel und Einstellungsstopp. Die so entscheidende erste Arbeitseinmündung, die die Weichen für vertikale und zeitliche Berufsverläufe, Berufswechsel und Auszubildungsverwertung stellt, wird so für immer mehr Jugendliche zu einem Problem. Insbesondere steigende Berufsschulabgänge deuten auf drohende Jugendarbeitslosigkeit, wenn nicht Bereitstellung und Besetzung von Arbeitsplätzen wieder zunehmen.

### *3. Das Angebot betrieblicher Ausbildungsstellen*

Der starken und steigenden Nachfrage nach Ausbildungsstellen steht ein zahlenmäßig unbekanntes, von den Arbeitsämtern mit abnehmender Vollständigkeit registriertes und mit ihrer Hilfe besetztes sowie ausbildungspolitisch manipulierbares Angebot an betrieblichen Ausbildungsstellen gegenüber.

Das den Arbeitsämtern bekanntgewordene Ausbildungsstellenangebot war 1974 mit 342 000 Stellen knapp halb so groß wie in den guten Konjunkturjahren

*Tabelle 1: Schulabgänger aus allgemeinbildenden Schulen und Anteile der Jugendlichen im Sekundarbereich II am Altersjahrgang der 15- bis 19jährigen 1960 bis 1974 (in 1000 bzw. vH)*

Jahr	Schul-entl. insges.	Hauptschüler ins-gesamt ohne Abschl.	Schüler an Realschulen, Gymnasien		Verteilung auf organisierte Bildungsgänge in vH <sup>1)</sup>			Gymnasium Oberstufe 11.-13. Klasse	
			ohne mittl. Bildg. Abschluß	mit Abitur	Auszubildende Anlernlinge	Mithelfende ungelernete Arbeitslose	Berufsbildende Vollzeitschulen Fachschulen Fachoberschulen		
1960	599,2	406,4	28,1	107,5	51,7	46,7	10,7	9,2	7,3
1965	708,7	535,3	26,0	96,8	50,7	47,3	10,1	10,0	6,4
1970	713,6	456,2	25,8	145,2	86,2	43,0	6,8	13,3	9,9
1971	735,4	468,0	22,4	154,0	91,1	41,7	6,2	14,9	10,1
1972	763,8	498,4	20,2	148,4	96,8	41,4	5,8	16,4	10,4
1973	804,5	502,6	23,8	171,2	107,2	42,6	5,8	17,0	11,4
1974	—	—	—	—	—	41,5	5,3	17,0	11,7

Quelle: Bundesanstalt für Arbeit, Bundesministerium für Bildung und Wissenschaft.

<sup>1)</sup> Erfasst sind jeweils nur rund drei Viertel der 15- bis 19jährigen, da sich in dieser Altersgruppe auch Schüler im Sekundarbereich I und Schulentlassene befinden.

1965 und 1970 mit knapp 650 000. Während in den 60er Jahren etwa 40 vH der bekannten Ausbildungsplätze unbesetzt blieben, ist dieser Anteil nun auf unter 10 vH gedrückt worden — allerdings weniger durch steigende Besetzungszahlen als vielmehr durch Halbierung des registrierten Angebots (vgl. *Tabelle 2*). Es ist unbekannt, ob überhaupt und wenn ja, wie viele und welche Ausbildungsstellen sich hinter den kostenlosen Anforderungen der Betriebe an Auszubildenden verbergen. Es ist unbekannt, ob die durchschnittlich 250 000 unbesetzten Ausbildungsstellen der 60er Jahre wirklich existierten, ob sie vom Angebot an Interessenten und einer durchschnittlichen Ausbildungsqualität her gesehen besetzbar waren. Die Nachfragetendenz legt eine sinkende Ausbildungsbereitschaft und/oder erfolgreiche Selbsthilfe der Betriebe beim Abschluß von Ausbildungsverhältnissen nahe. Gemessen am Verhältnis der mit Hilfe der Arbeitsämter besetzten Ausbildungsstellen zu den jährlich neuen Ausbildungsverhältnissen ging deren Einschaltungsgrad von 82 vH 1970 auf 56 vH 1973 zurück. Noch geringer ist der Einschaltungsgrad der Schulabgänger bei der Besetzung von Ausbildungsstellen mit Hilfe der Arbeitsämter. 45 vH der Jungen und 37 vH der Mädchen gingen gar nicht oder nur „anfänglich“ zum Arbeitsamt und halfen sich dann selbst. Um die 30 vH der Jungen und Mädchen suchten sich ihre Ausbildungsstelle selbst. Nur 19 vH der Stellen vermittelte das Arbeitsamt<sup>4</sup>).

Die Zahl der besetzten Ausbildungsplätze liegt in den letzten 15 Jahren, nur um etwa 100 000 nach oben oder unten schwankend, bei etwa 1,3 Mill., so auch 1973 und 1974. Dem Anstieg von 1970 bis 1973 um 60 000 Auszubildende steht 1974 und wohl auch 1975 ein leichter Rückgang gegenüber. 1975 werden etwa 480 000 Ausbildungsstellen neu oder erneut zu besetzen sein — der Rückgang gegen 1974 wird auf 3 bis 10 vH beziffert<sup>5</sup>).

Die Verknappung des Ausbildungsstellenangebots wird vor allem von Großbetrieben geplant. Kleinbetriebe wollen eher mehr Ausbildungsstellen besetzen. Insbesondere das Handwerk, das 1974 etwa 40 000 Ausbildungsplätze mehr besetzte als 1970, bekundet sinkende Ausbildungsbereitschaft oder -kapazität.

Durchschnittlich haben sich 1974 bei einem eingestellten Auszubildenden 3,8 Bewerber angeboten. In Kleinbetrieben gingen pro Ausbildungsplatz mit 6,8 Bewerbungen fast doppelt so viele ein wie in Großbetrieben mit 3,5. Selbst wenn zahlreiche Mehrfachbewerbungen eingereicht wurden, zeigt sich hier der erhebliche Nachfragedruck nach Ausbildungsstellen. Im Sommer 1975 bewarben sich 28 vH der befragten Schulabgänger bei vier oder mehr Betrieben. Besonders schwer hatten es Mädchen (33 vH) und solche mit Realschulabschluß (44 vH). Trotz des Bewerberdrucks blieben 1974 nach Infas-Angaben 50 000, nach Angaben der Arbeitsämter 31 000 Ausbildungsplätze unbesetzt. Als Nichtbesetzungsgründe gaben 43 vH der Befragungsbetriebe an, daß sich niemand beworben

---

4) Infas-Befragung von Schulabgängern, zitiert nadi Frankfurter Rundschau Nr. 168 vom 24. 7. 75.

5) Infas-Institut: Betriebliche Berufsausbildung 1974, Bonn-Bad Godesberg 1974, S. 8.

Tabelle 2: Registrierte Ausbildungsstellen, Ausbildungsverhältnisse, Jugendliche ohne Ausbildungsvertrag, ohne Arbeit von 1960 bis 1974 (in 1000 bzw. vH)

Jahr	Bei den Arbeitsämtern registrierte Ausbildungsstellen			vH v. Sp. 2	Ausbildungsverhältnisse		Jugendliche ohne Ausb.-vertr. (in vH von Sp. 6)	Registrierte Arbeitslosigkeit unter 20 Jahren insges.	Arbeitslosenquote in vH
	insgesamt	besetzt	unbesetzt		insges.	darunter im 1. Ausbildg.-jahr			
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10
1960	600,5	350,5	250,0	41,7	1340,7	415,7	—	—	—
1965	644,4	379,0	265,4	41,2	1332,0	486,7	24,8	19,212 <sup>1)</sup>	0,8 <sup>1)</sup>
1970	646,2	371,7	274,5	42,5	1270,1	452,0	18,3	7,522	0,4
1971	604,3	358,4	245,9	40,7	1273,1	457,5	17,7	11,729	0,6
1972	492,3	310,3	182,0	37,0	1302,8	465,0	17,3	15,501	0,7
1973	371,4	269,5	101,9	27,4	1330,8	480,0	17,0	20,960	1,0
1974	341,9	310,7	31,2	9,1	1330,0 <sup>2)</sup>	470,0 <sup>2)</sup>	17,0 <sup>2)</sup>	69,793	3,4

Quelle: Bundesanstalt für Arbeit, Bundesministerium für Bildung und Wissenschaft, Statistisches Bundesamt.

1) 1967, Jahreswerte jeweils Stand Ende September.

2) Vorläufige Werte.

habe, 27 vH hatten zwar einen oder mehrere Bewerber, doch konnte wegen fehlender Eignung kein Ausbildungsvertrag abgeschlossen werden<sup>6)</sup>.

Eine 10-vH-Steigerung bei Angebot und Besetzung von Ausbildungsstellen bis Ende 1975 ist von den Spitzenverbänden der Wirtschaft in die Reformwaagschale geworfen worden, wenn die Anrechnungsverordnung für das Berufsbildungsjahr unverzüglich aufgehoben, alle seit 1970/71 erlassenen Ausbildungsanordnungen überprüft, die Anforderungen an die Ausbildungsbetriebe gesenkt, deren Kreis um Klein- und Mittelbetriebe erweitert und wenn betriebliche — nicht überbetriebliche — Lehrwerkstätten steuerrechtlich subventioniert werden<sup>7)</sup>. Angesichts drohender Lehrstellenverknappung um 10 vH und angesichts der Jugendarbeitslosigkeit war ein Zusatzangebot von 10 vH attraktiv. Doch betrafen die Bedingungen den Kern der Berufsbildungsreform: „Die Unternehmer bieten an, mehr Lehrlinge auszubilden, wenn sie diese weniger ausbilden dürfen<sup>8)</sup>.“ Hier wird deutlich, daß das regionale, sektorale, geschlechts- und berufsspezifische Ausbildungsplatzangebot nicht nur von der Zahl der Betriebe, ihren Produktions- und Profitzielen sowie von den Rentabilitätsrechnungen im Konjunkturzyklus abhängt, sondern daß Angebot und Stellenbesetzung auch den politischen Bedingungen marktwirtschaftlicher Systeme unterliegen.

Damit sind zugleich wesentliche Ursachen für die rückläufige Tendenz des Ausbildungsplatzangebots genannt. Der konjunkturelle Rückgang der Zahl besetzter Arbeitsplätze, schlechte Übernahmemöglichkeit der bereits Ausgebildeten bei Entlassungen, Kurzarbeit und Einstellungsstopp und der konzentrationsbedingte Rückgang der Zahl von Betrieben mit und ohne Ausbildungsplätzen sowie Kosten und Finanzierung der Ausbildung bilden den ökonomischen Hintergrund. Die Auftragslage beeinflußt bei 40 vH der Betriebe die Nachwuchseinstellung zur Ausbildung oder qualifizierten Arbeit.

Die Anhebung der Anforderungen an die Qualität der betrieblichen Berufsbildung (Güte der Ausbildungsstätten, Zahl wie persönliche und fachliche Eignung der Ausbilder, neue und verbesserte Ausbildungsordnungen, Interessenkonflikte bei der weiteren Entwicklung der beruflichen Bildung) muß als unabdingbar für künftige Produktivitäts- und Wohlfahrtssteigerungen angesehen werden. Soweit solche Gründe angeführt werden, sind solche Ausbildungsplätze nicht marktgerecht, zumal viele Betriebe ihr Ausbildungsvolumen bei gestiegenen Anforderungen erhöht haben. Schließlich sind Veränderungen im Nachwuchskräftebedarf insgesamt, veränderte Berufswünsche und Veränderungen in der Berufs- und Betriebsstruktur mit maßgebend (vgl. Abschnitt 6). Wie sich ökonomische, juristische und strukturelle Ursachen zueinander und zu berufsbildungspolitischen Ursachen verhalten ist ebenso unbekannt, wie die gegenseitige Verstärkung aller negativen Einflüsse in der gegenwärtigen Situation sicher ist.

8) Infas: Betriebliche Berufsausbildung, a. a. O., S. 19.

7) Spitzenverbände der Wirtschaft: Grundsätze aktueller Berufsbildungspolitik, in: BDI-Mitteilungen, 1, 1975, S. 6.

8) Erklärung namhafter Berufsbildungsforscher, abgedruckt in der Frankfurter Rundschau Nr. 18 vom 22. 1. 1975.



#### 4. Einige Opfer der Krisensituation der beruflichen Bildung

Die rückläufige Tendenz bei Angebot und/oder Besetzung betrieblicher Ausbildungsplätze hat spezielle Probleme bei Jugendlichen hervorgerufen, die besonderer Hilfe bei der Vermittlung in Ausbildung bedürfen: Schulabgänger mit unterdurchschnittlichen Noten, Abgänger von Sonderschulen für Lernbehinderte, sonstige behinderte Bewerber, Schul- und Ausbildungsabbrecher, Kinder ausländischer Arbeitnehmer. Ihre weitgehend gesellschaftlich bedingte Notlage gerät augenblicklich schnell in die Ecke individueller, personenbezogener Erklärungsursachen, als ob sie selbst die Hauptschuld an ihrer Lage trüfe.

Die Verminderung der Zahlen von Jugendlichen ohne Ausbildungsvertrag droht ins Stocken zu geraten. Bereits 1974 stieg die Zahl der Jungarbeiter und Jungangestellten um 5000 auf 198 000 an. 10,7 vH der Berufsschüler waren 1974 ohne Ausbildungsvertrag, 1,7 vH waren Jungangestellte und mithelfende Familienangehörige — überwiegend Mädchen in besonders knapp gewordenen kaufmännischen Ausbildungsberufen oder in Familienbetrieben der Landwirtschaft. Immerhin waren Ende Mai 1975 6500 Jugendliche arbeitslos, weil sie trotz unbesetzter Ausbildungsstellen keine bekommen konnten, die ihrer Eignung und/oder Neigung ebenso entsprochen hätte wie den betrieblichen Ansprüchen an Auszubildende. Nach der Sommerpause wird ein erheblicher Teil des zu erwartenden Anstiegs der Jugendarbeitslosigkeit auch auf die Krisensituation der beruflichen Bildung zurückzuführen sein.

#### 5. Strukturdiskrepanzen zwischen Bildungs- und Beschäftigungssystem

Die Verknappung betrieblicher Ausbildungsplätze hängt auch mit dem Verhältnis zusammen, in dem Wirtschaftszweige, gemessen an der Zahl ihrer Fachkräfte, zuviel oder zuwenig Jugendliche ausbilden<sup>9)</sup>. Im Bereich des Handwerks — mit jährlich gut 450 000 Ausbildungsverhältnissen größter Ausbildungsanbieter — wurden 4,5 Mill. oder 48 vH aller Männer ausgebildet, doch konnten hier nur 1,8 Mill. oder 19 vH aller betrieblich Ausgebildeten beschäftigt werden. Dagegen beschäftigt der Dienstleistungsbereich 3,4 Mill. oder 36 vH aller Männer mit betrieblicher Berufsausbildung, doch hat er selbst nur 2,1 Mill. oder 22 vH der männlichen Fachkräfte entsprechend ausgebildet.

Aus dem Vergleich der Zahl von Auszubildenden zu den betrieblich ausgebildeten Männern in Arbeit ergeben sich für 1970 nach Wirtschaftsbereichen folgende Ausbildungsdefizite:

- Gebietskörperschaften, Sozialversicherung, Bundesbahn, öffentliche Energie- und Wasserversorgung;

9) Die folgenden Ausführungen gehen zurück auf: H. Hofbauer, F. Stooß: Defizite und Überschüsse an betrieblichen Ausbildungsplätzen nach Wirtschafts- und Berufsgruppen, in: MittAB, 2, 1975, S. 101—116; H. v. Hennings, U. Schwarz: Zur Ausbildungsintensität von Industriebetrieben, ebenda S. 117—135.

- beschäftigungsmäßig rückläufige Bereiche wie Bergbau, Holzgewerbe, Textil-, Leder-, Bekleidungsindustrie;
- beschäftigungsexpansive Bereiche wie Chemische Industrie, Gewinnung und Verarbeitung von Steinen und Erden;
- Berufsgruppen ohne direkten Ausbildungszugang (Warenprüfer, Lagerverwalter, Maschinisten), bei neuen Ausbildungszugängen (Berufskraftfahrer) sowie bei Ingenieurberufen, die weitgehend schulische Ausbildung voraussetzen.

Nach der Volks- und Berufszählung von 1970 gab es 12,9 Mill. Männer und Frauen in Arbeit, die eine betriebliche Berufsausbildung erfahren hatten. 3,6 Mill. oder 28 vH übten 1970 Tätigkeiten aus, für die kein direkter Zugang aus betrieblichen Ausbildungsverhältnissen bestand. Weitere 3,0 Mill. oder 23 vH der Ausgebildeten waren in Berufen tätig, für die weniger als der jährliche Ersatzbedarf ausgebildet wird. Für 6,6 Mill. oder fast jeden vierten Arbeitsplatz gab es für die dort arbeitenden Fachkräfte keine oder nur eine zahlenmäßig unzureichende betriebliche Ausbildung. Drei Viertel aller Auszubildenden befinden sich in Ausbildungsberuf-Wirtschaftszweig-Kombinationen, in denen nur 40 vH der Fachkräfte arbeiten. Die Absolventen werden also sektorale Mobilität und/ oder Berufswechsel durchlaufen, um solche Diskrepanzen zwischen Ausbildung und Beschäftigung zu überwinden. Es mag sinnvoll sein, daß einige Wirtschaftsbereiche Ausbildungsaufgaben für andere übernehmen und finanzieren. Die Betroffenen sind jedoch häufig mit dem Berufswechsel zur Aufgabe eines Teils ihrer Kenntnisse und Fertigkeiten gezwungen, so daß knappe Ausbildungsinvestitionen zunichte werden. Ausbildungsabsolventen des Handwerks, die in andere Wirtschaftsbereiche gingen, vollzogen zu 70 vH Berufswechsel, und nahezu zwei Drittel sahen dann keine Verwertungsmöglichkeiten mehr für ihre Ausbildung.

Die Ausbildungseigenleistung der Industrie im Verhältnis zu ihren Fachkräften ist zu gering. Die Industrie müßte ihr Ausbildungsplatzangebot um 50 vH steigern, wollte sie ihren qualifizierten Nachwuchs selber ausbilden. Die Ausbildungsquoten je 10 000 Facharbeiter und Fachangestellte schwanken sehr stark zwischen den Industriezweigen und liegen in der Elektroindustrie bei 1989, in der Tabakindustrie bei nur 50 Auszubildenden je 10 000 Fachkräften.

Seit 1962 sind die Auszubildendenquoten in den meisten Industriezweigen zurückgegangen, insbesondere bei der Facharbeiterausbildung in der Feinmechanik, Optik, Uhrenindustrie, im Maschinenbau und in der Druckindustrie; bei der Angestelltenausbildung war dies in der Bekleidungsindustrie, der Lederverarbeitung und der Holzbearbeitung der Fall. Für Angestelltentätigkeiten gingen die Auszubildendenquoten stärker zurück als für Facharbeiter, weil vor allem im expansiven Angestelltenbereich die Nachwuchsausbildung nicht Schritt halten konnte. Die höchsten gewerblichen Ausbildungsintensitäten hatten 1972 die Elektroindustrie, die feinmechanische, optische und Uhrenindustrie, die Druck-

industrie; bei den Angestellten waren es Bekleidungsindustrie, Stahl- und Leichtmetallbau, Leder- und Holzverarbeitung und die Spielwarenindustrie. Die Rangordnung der Ausbildungsintensitäten hat sich längerfristig kaum verschoben. Die Ausbildungsintensitäten haben sich angeglichen, überdurchschnittliche Quoten fanden sich 1962 in Bereichen mit starker Senkung des Ausbildungsvolumens, Ausweitungen gab es in Bereichen mit unterdurchschnittlichen Ausbildungsintensitäten.

Die Konzentration der Auszubildenden auf die Ausbildungsberufe ist seit Jahren nahezu unverändert. Jeder zweite männliche Auszubildende hatte im Jahr 1973 einen der fünfzehn beliebtesten Ausbildungsberufe gewählt, d. h. 50 vH der Gesamtzahl der Auszubildenden verteilten sich auf nur 15 Berufe. Bei 462 876 Auszubildenden war 1973 der Beruf des Kraftfahrzeugmechanikers (97 021) am gefragtesten, es folgten der Elektroinstallateur (60 447), der Maschinenschlosser (42 185), der Industriekaufmann (33 514), der Kaufmann im Groß- und Außenhandel (31 245), der Werkzeugmacher (26 259), der Bankkaufmann (23 469), der Starkstromelektriker (22 822), der Maler und Lackierer (22 368) und der Gas- und Wasserinstallateur (21 107). Die restlichen fünf der insgesamt 15 am stärksten besetzten Berufe waren der Fernmeldehandwerker, der Maurer, der Tischler, der technische Zeichner und der Elektrotechniker.

Der beliebteste Beruf bei den Mädchen war 1973 nach der Verkäuferin (von insgesamt 363 815 Mädchen begannen 62 650 eine Ausbildung als Verkäuferin) die Friseurin (43 088); danach folgten der Bürokaufmann (40 177) und der Industriekaufmann (35 352), die Arzthelferin (26 683), der Bankkaufmann (25 817) und der Kaufmann im Groß- und Außenhandel (21 474).

Weitere bevorzugte Berufe waren: Zahnarzthelferin, Bürogehilfin, Rechtsanwaltsgehilfin, Einzelhandelskaufmann, Verkäuferin im Nahrungsmittelhandwerk, Gehilfin im Wirtschafts- und Steuerberatungsberuf, Apothekenhelferin und Bekleidungsfertigerin. Großer Beliebtheit erfreuten sich alle kaufmännischen Berufe.

Neuere Untersuchungen haben ergeben, daß der strukturelle Zusammenhang zwischen den Berufswünschen der Jugendlichen und den den Arbeitsämtern bekanntgewordenen Ausbildungsstellenangeboten sehr eng ist<sup>10)</sup>. Dagegen orientieren sich die Berufswünsche kaum an den Arbeitsplätzen für betrieblich ausgebildete Arbeitskräfte — weder in der Struktur noch in der Entwicklung. Gleichgerichtete Strukturentwicklungen ergeben sich vor allem bei Jugendlichen, die es bis zu einem Hauptschulabschluß gebracht haben. Auch Mädchen sind von ihren Bildungsentscheidungen her stärker auf die mittelfristige Bedarfsentwicklung ausgerichtet oder angewiesen<sup>11)</sup>. Der Rückgang der Zahl der den Arbeitsämtern

---

10) K.-P. Gaulke: Berufswunsch und Berufswahl-Analyse einiger Determinanten und Interdependenzen. Gutachten des DIW für die Bundesanstalt für Arbeit, Berlin 1975, S. 19.

11) Gaulke: Berufswunsch, a. a. O., S. 30.

bekanntgewordenen Ausbildungsstellen hat die Realisierungschancen der Berufswünsche von Jugendlichen mit Hauptschulabschluß stärker beeinträchtigt als die der Realschulabsolventen. Hier zeigen sich deutlich Grenzen der Berufswahlfreiheiten unterschiedlicher Bevölkerungsgruppen; die Einlösung der Berufswünsche sinkt mit der Schulbildung, sie ist bei Mädchen wie eh und je geringer als bei Jungen.

### 6, Einige Folgerungen

Der Versuch, berufliche Bildung, Beschäftigung und arbeitsmarktpolitische Probleme in einen Zusammenhang zu stellen, legt einige Folgerungen nahe, die hier nur in knapper Form erwähnt werden sollen. Rezepte finden sich an anderer Stelle dieses Heftes.

(1) Aus der Bevölkerungsentwicklung, der künftigen Zunahme der Absolventenzahlen aus allgemeinbildenden Schulen, aus der Erfahrung konjunkturell-strukturell-politisch bedingt schwankender Bereitschaft, Ausbildungs- und Arbeitsplätze für Jugendliche bereitzustellen und zu besetzen sowie aus dem beträchtlichen Ausmaß erreichter Jugendarbeitslosigkeit kann gesellschaftliche Priorität für deren Beseitigung abgeleitet werden. Eine Arbeitsgruppe der OECD hat dafür eine Reihe diskussionswürdiger Maßnahmen vorgeschlagen<sup>12)</sup>. Wenn schon gesamtwirtschaftliche Unterbeschäftigung periodisch wiederkehrendes Ereignis von Arbeitsmarktwirtschaften ist, so ist eine neue, gezielte, rotierende, arbeitszeitorientierte (mit Lohnausgleich), auf Wahlmöglichkeiten und „Ziehungsrechten“ aufbauende, insgesamt gleichmäßigere und gerechtere Verteilung der Arbeitslosigkeit auf alle Erwerbspersonen zu durchdenken und zu praktizieren. Die relative Entlastung der Älteren vom Arbeitsplatzrisiko darf nicht zu einer Belastung der Jugendlichen führen.

(2) Es bestehen zahlreiche empfindliche Fakten- und Forschungslücken, Entscheidungen im Feld beruflicher Bildung sind immer noch mit hoher Unsicherheit behaftet. Deshalb sollte der Vorschlag eines Berufsbildungsinformationssystems als einer programmorientierten Einrichtung zum Informationsaustausch zwischen Personen und Institutionen, die an Berufsbildungsprozessen tatsächlich oder potentiell beteiligt sind, weiter diskutiert werden<sup>13)</sup>.

(3) Schließlich ist der gesellschaftliche Stellenwert der Arbeitsmarktpolitik konkreter zu bestimmen und zu einem langfristigen, quantifizierten wie finanzierbaren Konzept zu führen, das die berufliche Bildung zu einer sozialstrategischen Variablen macht<sup>14)</sup>.

12) OECD-Observer No. 75, May/June 1975, S. 19.

13) Vgl. H. Fenger, J. Kühl: Ein Informationssystem zur Berufsbildung, in: Zeitschrift für Berufsbildungsforschung 3, 1973, S. 15—23 und dort zitierte Quellen.

14) Vgl. A. G. Paul, K. Knöferl, J. Kühl, L. Taplik: „berlegungen zu einer vorausschauenden Arbeitsmarktpolitik, Bundesanstalt für Arbeit, Nürnberg 1974, insbesondere S 9—22.